

W

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

**Finanz- und wirtschaftspolitische Herausforderungen an
US-Präsident Barack H. Obama**

- INFO-BRIEF -

Kolja Bartsch

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Verfasser: RR Kolja Bartsch

Finanz- und wirtschaftspolitische Herausforderungen an US-Präsident Barack H. Obama

INFO-BRIEF WD 1 - 3010 - 010/2009

Abschluss der Arbeit: 22.01.2009

Fachbereich WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

**Das Dokument gibt nicht notwendigerweise die Auffassung des Deutschen Bundestages oder seiner Verwaltung wieder und ist urheberrechtlich geschützt.
Eine Verwertung bedarf der Zustimmung durch die Leitung der Abteilung W.**

Inhaltsverzeichnis		Seite
1.	Einleitung	4
2.	Derzeitige Situation des Wirtschafts-, Finanz-, und Arbeitsmarktbereiches in den USA	4
3.	Herausforderungen an den neuen Präsidenten Barack H. Obama	6
4.	Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise	6
4.1.	Konjunkturprogramm im Umfang von mehr als 800 Milliarden Dollar	7
4.2.	Umsetzung des zweiten Teils des Bankenrettungspaketes	9
5.	Quellen- und Literaturverzeichnis	11

1. Einleitung

Auf den 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Barack H. Obama, warten große politische Herausforderungen. Er tritt innen- und außenpolitisch das schwere Erbe seines Amtsvorgängers George W. Bush an (Hacke 2009: 10/11; Kreft 2009: 23). Die Vereinigten Staaten befinden sich innenpolitisch vor einer ihrer größten Bewährungsproben seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Wohl kein Präsident seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts stand vor ähnlich großen Problemen wie Barack H. Obama. Der neue Präsident selbst sprach in diesem Zusammenhang davon, dass sich die Vereinigten Staaten zu Beginn des Jahres 2009 in einer Krise befänden, wie sie das Land noch nicht erlebt habe (Tigges 2009b).

Das Thema Wirtschafts- und Finanzkrise besaß im Präsidentschafts- und Kongresswahlkampf 2008 der Vereinigten Staaten – insbesondere seit der Zuspitzung der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 – für die Bürgerinnen und Bürger höchste Priorität. Andere politische Themen wie beispielsweise der Irak-Krieg gerieten deutlich in den Hintergrund. So ist der klare Wahlsieg von Barack H. Obama auch darauf zurückzuführen, dass die Wähler für die Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen dem Präsidentschaftskandidaten der Demokaten die mit Abstand größere (Wirtschafts-) Kompetenz zuwiesen. Dagegen wurde die Schuld für die gegenwärtige Krise Präsident George W. Bush und seiner Partei – den Republikanern – angelastet. Diese Ausgangslage trug wesentlich mit zur Wahlniederlage des republikanischen Präsidentschaftskandidaten John S. McCain bei (Stiftung Wissenschaft und Politik 2009).

2. Derzeitige Situation des Wirtschafts-, Finanz-, und Arbeitsmarktbereiches in den USA

Das Wachstum der größten Volkswirtschaft der Welt, die mit einem Bruttoinlandsprodukt von ca. 14 Billionen Dollar über ein Viertel des Weltsozialprodukts erwirtschaftet (Kreft 2009: 24), hat sich in den vergangenen Monaten vor dem Hintergrund der von den USA ausgehenden globalen Finanz- und Bankenkrise deutlich verlangsamt. So wird für das laufende Jahr ein Sinken der Wirtschaftsleistung bzw. ein „Minus-Wachstum“ nicht mehr ausgeschlossen. Der Hauptgrund für die sich abschwächende Wirtschaft ist die andauernde Finanzkrise, die durch Spekulationen amerikanischer Finanzinstitute mit Hypothekenkrediten auf dem amerikanischen Immobilienmarkt begann, in deren Folge viele wichtige Finanzinstitute der USA und der ganzen Welt in akute Bilanzschwierigkeiten gerieten (Stiftung Wissenschaft und Politik 2009).

Der US-Aktienindex Dow Jones verlor im Jahr 2008 ein Drittel seines Wertes (Kaufmann 2009). Wichtige Wirtschaftsbereiche der Vereinigten Staaten von Amerika wie zum Beispiel die Automobilindustrie oder die Banken- und Versicherungswirtschaft

sehen sich nicht nur einer strukturellen, sondern einer existenziellen Krise gegenüber, deren Auswirkungen auch auf andere Länder ausstrahlen. Die privaten Konsumausgaben, die über zwei Drittel der Wirtschaftsleistung in den USA ausmachen und die wichtigste Säule des Wirtschaftswachstums im Land sind (Mildner 2008: 487), sind ebenfalls stark rückläufig. Die allgemeine Kaufzurückhaltung bringt nicht nur den Einzelhandel der Vereinigten Staaten in arge Bedrängnis. Die Arbeitslosigkeit in den USA ist im Jahr 2008 um rund 2,6 Millionen auf über 10 Millionen gestiegen. Alleine im vierten Quartal 2008 wurden 1,5 Millionen Arbeitsplätze abgebaut (Tigges 2009b; Kaufmann 2009). Die Arbeitslosenquote kletterte im vergangenen Monat mit 7,2% auf den höchsten Stand seit 15 Jahren. Einige Prognosen halten sogar eine zweistellige Arbeitslosenquote im laufenden Jahr für nicht mehr ausgeschlossen (Eberle 2009). Die Zahl der Zwangsversteigerungen von Eigenheimen und Wohnungen steigt weiter deutlich an (Rüb 2009).

Trotz des staatlichen Rettungspaketes in Höhe von 700 Milliarden Dollar befinden sich große Teile der amerikanischen Finanzinstitute, deren mangelnde Kreditvergabe sowohl an die Wirtschaft als auch an Privatpersonen weiter anhält („Kreditklemme“) und damit die ökonomische Krise noch weiter verschärft, nach wie vor in ernsthaften Schwierigkeiten. Dies gilt auch für Staatshaushalt und Staatsverschuldung der USA (Mildner 2008: 484). Konnte George W. Bush bei seinem Amtsantritt im Jahr 2001 von seinem Vorgänger Bill Clinton noch einen Haushaltsüberschuss übernehmen, so rechnen Haushaltsfachleute für das laufende Haushaltsjahr – das bis zum 30. September 2009 läuft – mit einer Rekordverschuldung in Höhe von rund 1,2 Billionen Dollar. Dies entspricht ca. 8 Prozent des US-Bruttoinlandsproduktes (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.01.2009). Unter Berücksichtigung des von Präsident Obama favorisierten Konjunkturpaketes könnte die Neuverschuldung ggf. auch bis zu 2 Billionen Dollar ansteigen, mithin auf 10 bis 13 Prozent des US-Bruttoinlandsproduktes (Kaufmann 2009). Die Staatsverschuldung der USA insgesamt überschritt bereits mit dem Rettungspaket für die Finanzwirtschaft die Marke von 10 Billionen Dollar. Zudem haben die Vereinigten Staaten seit Anfang der 1990er Jahre mit einem stetig steigenden Leistungsbilanzdefizit – das im Wesentlichen auf einem beträchtlichen Handelsbilanzdefizit des Landes beruht – zu kämpfen. Es betrug im Jahr 2007 rund 800 Milliarden Dollar (Prieue 2008: 21). Im Verlauf des Jahres 2008 hat sich das Handelsbilanzdefizit des Landes etwas verringert. Die Finanzierung dieses Defizits erfolgt durch einen Nettokapitalzufluss aus dem Ausland. Hinter den Kapitalzuflüssen stehen insbesondere Wertpapierkäufe von Ausländern in den USA, ausländische Direktinvestitionen in den Vereinigten Staaten, ausländische Kredite an amerikanische Kreditnehmer und Anlagen von Währungsreserven ausländischer Notenbanken (Prieue 2008: 21).

Vor diesem Hintergrund sieht der neue US-Präsident die Gefahr, dass den USA bei ihrem Staatshaushalt ein "Billionen-Dollar-Defizit auf Jahre hinaus" drohe (Pitzke 2009). Der designierte Haushaltsdirektor des Weißen Hauses, Peter Orszag, prognostizierte in Bezug auf die USA für die nächsten fünf bis zehn Jahre ein Haushaltsdefizit in Höhe von mindestens fünf Prozent des BIP (Süddeutsche Zeitung vom 20.01.2009). Zudem liegt die Sparquote der privaten Haushalte - die zum Beispiel in Deutschland ca. elf Prozent beträgt - in den Vereinigten Staaten bei knapp einem Prozent (Brinkbäumer; Hujer; Meyer; Spörl; Steingart 2008; Mildner 2008: 487).

3. Herausforderungen an den neuen Präsidenten Barack H. Obama

Die entschlossene Bewältigung der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, die kurzfristig nicht zu erreichen sein wird, dürfte eine der zentralen politischen Aufgaben der Präsidentschaft von Barack H. Obama sein. Dies bestätigte der neue Präsident bereits auf einer seiner ersten Pressekonferenzen nach seiner Wahl im November 2008 (Brinkbäumer; Hujer; Meyer; Spörl; Steingart 2008).

In den nächsten Monaten muss er mit seiner Politik den Beweis antreten, dass er die in seine Person gesetzten gewaltigen Erwartungen und Hoffnungen seiner Landsleute – aber auch diejenigen vieler Menschen außerhalb der USA – erfüllen kann. Obama hatte insbesondere im Präsidentschaftswahlkampf grundlegende Änderungen gegenüber der Politik von George W. Bush in Aussicht gestellt: Dazu gehörten zum Beispiel eine stärker auf öffentliche Investitionen und Regulierungen setzende Finanz- und Wirtschaftspolitik, sozialstaatlich orientierte Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen, eine Verbesserung des primären Bildungssystems sowie eine mehr auf Nachhaltigkeit setzende Energie- und Klimapolitik (Bartsch 2008).

In der US-Außenpolitik stellte Obama unter anderem eine Änderung des „Krieges gegen den Terror“, eine Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft und eine Neubewertung internationaler Institutionen sowie der multilateralen Zusammenarbeit durch die USA in Aussicht. Es bleibt abzuwarten, wie viele der im Wahlkampf in Aussicht gestellten Reformprojekte sich angesichts der schwierigen Gesamtlage des Landes überhaupt in absehbarer Zeit beginnen lassen. Dies gilt insbesondere für jene Wahlkampfversprechen im Bereich der Gesundheits-, Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Umweltpolitik, die erheblicher finanzieller Anstrengungen bedürfen (Bartsch 2008).

4. Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise

Auf der innenpolitischen Agenda stehen bei Präsident Obama die Bewältigung der Finanzmarkt- und Bankenkrise inklusive des in eine gravierende Schieflage geratenen Immobilienmarktes sowie die Lösung der erheblichen Probleme der kriselnden US-

Wirtschaft derzeit ganz oben. Dabei muss er insbesondere die Finanzmärkte stabilisieren, industrielle Branchen wie die Automobilindustrie vor dem Zusammenbruch bewahren, die Konjunktur stimulieren sowie möglichst viele Arbeitsplätze sichern oder schaffen. Letztendlich geht es auch darum, die Position Amerikas als führende Wirtschafts- und Welthandelsmacht zu erhalten. Ein großes Engagement wird Präsident Obama insbesondere bei den drei großen Herstellern der US-Automobilindustrie - General Motors, Ford und Chrysler - zeigen müssen. Deren Liquidität, insbesondere die des größten Automobilherstellers General Motors, ist derart gefährdet, dass trotz noch von Präsident Bush im vergangenen Dezember gewährter staatlicher Überbrückungskredite in Höhe von mehr als 17 Milliarden Dollar ein Zusammenbruch von einem oder mehreren Unternehmen dieser amerikanischen Schlüsselindustrie im Verlauf des Jahres 2009 nicht auszuschließen ist. Als erster möglicher Kandidat für ein Insolvenzverfahren gilt General Motors. Das Unternehmen verzeichnete seit dem Jahr 2005 insgesamt mehr als 70 Milliarden Dollar Verluste (Kaufmann 2009). Ein Zusammenbruch hätte nicht nur weitreichende ökonomische Folgen für die nationale Automobil- und Automobilzulieferindustrie und deren weltweite Tochtergesellschaften, sondern wäre auch ein schwerer psychologischer Rückschlag für die Bekämpfung der Krise im Land insgesamt (Oehler 2009).

4.1. Konjunkturprogramm im Umfang von mehr als 800 Milliarden Dollar

Eines der ersten großen Ziele auf der Agenda des neuen Präsidenten ist die möglichst schnelle gesetzliche Verabschiedung seines Konjunkturprogramms. Im Vergleich zu seinen Aussagen im Wahlkampf und nach seiner Wahl im November 2008 fällt der finanzielle Umfang des jetzt von ihm geplanten Konjunkturpaketes um mehrere Hundert Milliarden Dollar größer aus (Tigges 2009b). So soll das gegenwärtig von der demokratischen Mehrheit im US-Kongress entworfene Konjunkturpaket, das vermutlich noch im Verlauf des Februar 2009 verabschiedet werden soll und starke Erinnerungen an den „New Deal“ von Präsident Roosevelt zu Beginn der 1930er Jahre aufkommen lässt (Judis 2008: 71), einen Umfang von mindestens 825 Milliarden Dollar haben. Es entspricht von seinem Volumen her mehr als fünf Prozent des US-Bruttoinlandsproduktes (Tigges 2009b; Kaufmann 2009; Office of the Speaker 2009).

Das Programm soll eine Laufzeit von zwei Jahren haben. Allerdings haben sowohl die oppositionellen Republikaner als auch Teile der Demokraten noch erheblichen Gesprächsbedarf signalisiert (Pitzke 2009). Das betrifft nicht nur die einzelnen Schwerpunkte des Konjunkturpaketes, sondern auch die relativ kurze Beratungsfrist. Präsident Obama hat in diesem Zusammenhang gegenüber den Republikanern und seinen eigenen Parteifreunden seine Kompromissbereitschaft bekräftigt. Ihm kommt es in der derzeiti-



gen Situation des Landes sehr auf ein gemeinsames Vorgehen der beiden politischen Lager an.

Die bisherigen Entwürfe für das Konjunkturpaket der Demokratischen Partei sehen vor, dass gut zwei Drittel des Paketes – 550 Milliarden Dollar – auf staatliche Investitionen und rund ein Drittel – 275 Milliarden Dollar – auf Steuersenkungen für Unternehmen und Bürger entfallen (Pitze 2009; Rüb 2009). Dabei sollen im Rahmen des staatlichen Investitionsprogramms in Höhe von 550 Milliarden Dollar unter anderem in den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur 90 Milliarden Dollar, zur Unterstützung des Bildungs- und Erziehungswesens 141 Milliarden Dollar, in den Umweltschutzbereich 54 Milliarden Dollar¹, in den Bereich der Arbeitsmarktpolitik 102 Milliarden Dollar sowie zur Unterstützung des Krankenversicherungssystems² 87 Milliarden Dollar fließen. Mit seinem Konjunkturpaket, dessen Umfang in der bisherigen US-Geschichte einmalig ist, nimmt Präsident Obama auch eine weiter steigende Staatsverschuldung in Kauf (Tigges 2009b; Kaufmann 2009; Office of the Speaker 2009).

Kritiker des Programms weisen darauf hin, dass ein derartiges staatliches Konjunkturpaket von seinem Volumen her für einen nachhaltigen Aufschwung vor dem Hintergrund der Schwere der derzeitigen Krise³ alleine nicht ausreiche (Schwenninger 2008: 4/5). Zudem warnen sie auch vor einer mangelnden Zielgenauigkeit und möglichen Fehlinvestitionen im Rahmen des Programms. Haushaltsfachleute des US-Kongresses sehen die Gefahr, dass große Teile der investiven Mittel aufgrund der erfahrungsgemäß langwierigen Verfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in den USA erst 2011 zum Einsatz kommen könnten, zu einem Zeitpunkt also, zu dem möglicherweise die rezessive Situation bereits überwunden wäre (Tigges 2009a). Im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Beratungen für das Konjunkturpaket gibt es Stimmen aus beiden politischen Lagern des Kongresses, bei der Auftragsvergabe ausschließlich amerikanische Unternehmen zu berücksichtigen. So darf bereits jetzt bei Projekten des Verkehrsministeriums nur Eisen und Stahl aus amerikanischer Produktion benutzt werden (Tigges 2009a).

1 Vor allem in den Bereich der umweltfreundlichen Energiegewinnung sowie der Energieeinsparung.
2 Insbesondere Hilfen für Familien mit geringem Einkommen.
3 Bei der aktuellen Wirtschaftskrise handelt es sich um keine Strukturkrise der Realwirtschaft. Ihren Ausgangspunkt hatte die gegenwärtige Krise im Platzen der „Finanzmarktblase“, hervorgerufen durch die Krise des amerikanischen Hypothekemarktes infolge fehlender staatlicher Regulierung. Nach wie vor kann der Bankensektor seine Finanzierungsfunktion für die Volkswirtschaft(en) nicht ausreichend erfüllen. Gegenwärtig sind die Lasten aus „faulen“ Krediten noch immer unabsehbar. Durch die anhaltende Verunsicherung im Finanzmarkt kommt die Kreditvergabe des Bankensektors – trotz des Engagements von Staat und Zentralbanken – weiterhin nicht ausreichend in Gang (Gaul 2008: 19).



4.2. Umsetzung des zweiten Teils des Bankenrettungspaketes

Die bereits im Herbst 2008 vom US-Kongress beschlossenen Hilfen in Höhe von 700 Milliarden Dollar für den angeschlagenen US-Finanzsektor sind bisher zur Hälfte ausgezahlt worden. Die zweiten 350 Milliarden Dollar hat der US-Senat nun bewilligt. Nach der vollständigen Genehmigung dieser Hilfgelder wird vom Präsidenten und seinem Finanzminister jetzt erwartet, dass sie bei der zweiten Tranche auf eine nachvollziehbarere Verwendung der Staatsgelder achten. So habe sich beispielsweise trotz der bisherigen Hilfen das zögerliche Verhalten der Banken bei der Vergabe von Krediten nicht grundlegend geändert. Aus diesem Grund hat die neue Regierung bereits den Druck gegenüber jenen Kreditinstituten erhöht, die Nutznießer des Rettungspaketes sind, um deren Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen zu sichern. So wurden die Banken jetzt vom Finanzministerium zu monatlichen Berichten über die von ihnen an Unternehmen und Konsumenten ausgezahlten Kredite aufgefordert (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.01.2009). Auch der Situation der privaten Hauseigentümer in der Finanzkrise, von denen viele von Zwangsversteigerung ihrer Häuser und Wohnungen betroffen sind, wird sich Präsident Obama schnell annehmen müssen, zumal er im Wahlkampf eine entsprechende Unterstützung in Aussicht gestellt hat. So plant seine Regierung, von der zweiten Tranche des Banken-Rettungspaketes bis zu 100 Milliarden Dollar als unmittelbare Hilfen für von Zwangsvollstreckung bedrohte überschuldete Hauseigentümer zur Verfügung zu stellen. (Rüb 2009; Tigges 2009a). Das Repräsentantenhaus hat dem Vorhaben bereits zugestimmt. Wie dramatisch die Situation in diesem Bereich ist, wird daran deutlich, dass allein im Jahr 2008 die Zahl der Zwangsräumungen in den USA nach der Berichterstattung einschlägiger Branchendienste um 80 Prozent zugenommen hat (Kaufmann 2009).

Weiterhin steht der neue Präsident vor dem Problem, dass schon bald für die US-Banken weitere Kapitalspritzen und Staatsgarantien in dreistelliger Milliarden-Höhe aus dem Bundeshaushalt notwendig werden könnten, zumal einige Großbanken bereits neue Rekordverluste und ernsthafte Liquiditätsprobleme gemeldet haben (Pitzke 2009). Erschwerend kommt für die neue Administration bei der aktiven Bekämpfung der wirtschaftlichen Probleme hinzu, dass der derzeitigen Krise – im Gegensatz zu vorherigen Stagnationsphasen – nicht mehr durch eine aktive Zinssenkungspolitik begegnet werden kann, da sich die Leitzinsen der US-Notenbank Federal Reserve (FED) bereits seit dem 16. Dezember 2008 in einem Korridor von 0 bis 0,25 Prozent bewegen. Zum Vergleich: Noch zu Beginn des Jahres 2008 lagen sie bei 3,5 Prozent. Seit August 2007 senkte damit die US-Notenbank ihren Leitzins in mehreren Schritten von 5,25% auf den derzeitigen historischen Tiefstand. In diesem Zusammenhang sprach Obama unmittelbar nach dieser Entscheidung der FED davon, dass den USA im Kampf gegen die Rezession allmählich die Mittel ausgehen (DW-World.de 2008; Mildner 2008: 516).

Offenbar abgerückt ist Präsident Obama von seiner im Wahlkampf vorgestellten Idee, Unternehmen für die Schaffung eines Arbeitsplatzes mit 3000 Dollar zu belohnen. Offensichtlich überwiegen jetzt die Bedenken, dass es zu starke Mitnahmeeffekte geben und dem Missbrauch Vorschub geleistet werden würde. Aufgrund der Verschlechterung der Gesamtsituation ist der Präsident offensichtlich auch von der Absicht abgerückt, die Einkommensteuer für Spitzenverdiener bereits in diesem Jahr anzuheben (Tigges 2009b).

5. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bartsch, Kolja (2008). Aktueller Begriff: Barack H. Obama – der künftige 44. Präsident der USA. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Reg.-Nr. 67/08 (10. November 2008). Berlin: Deutscher Bundestag, Online-Version: <http://www.bundestag.de/wissen/analysen/2008/obama.pdf> [Stand: 21.01.2009].
- Brinkbäumer, Klaus; Hujer, Marc, Meyer, Cordula; Spörl, Gerhard und Steingart, Gabor (2008). Das Projekt Obama, in: Der Spiegel vom 10.11.2008, Nr. 46/2008, S.122-138.
- Der Kostenkiller der Nation, in: Süddeutsche Zeitung vom 20.01.2009.
- DW-World.de (2009). Finanzkrise. Fed senkt US-Leitzinsen auf Rekordtief, Meldung vom 17.12.2009 <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3880593,00.html> [Stand: 21.01.2009].
- Eberle, Matthias (2009). Jobs bald nur noch auf der Straße, in: Handelsblatt vom 19.01.2009.
- Gaul, Claus-Martin (2008). Konjunkturprogramme in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Einordnung und Bewertung der Globalsteuerung von 1967 bis 1982. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Reg.-Nr. WD 5 – 3000/08). Berlin: Deutscher Bundestag.
- Judis, John B. (2008). Amerikas progressiver Aufbruch, in: Berliner Republik, Nr. 6/2008, S.66-71.
- Kaufmann, Stephan (2009). Mit aller Macht zum nächsten Aufschwung, in: Berliner Zeitung vom 19.01.2009.
- Kreft, Heinrich (2009). Die USA im Abstieg?. It's still the indispensable nation, stupid!, in: Die Politische Meinung, Nr. 470 (Januar 2009), S.23-27.
- Hacke, Christian (2009). Im Spannungsfeld von Kontinuität und Wandel. Herausforderungen an Präsident Barack Obama, in: Die Politische Meinung, Nr. 470 (Januar 2009), S.10-16.
- Meyer, Cordula; Schmitz, Peter; Steingart; Gabor (2009). Die Rückkehr der Politik, in: Der Spiegel, Nr. 4/2009, S.74-76.
- Mildner, Stormy-Annika (2008). Kapital C: Wirtschaft und Finanzen (in den USA), in: Lösche, Peter (Hrsg.). Länderbericht USA. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft und Kultur, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S.471-779.
- Obama erhöht den Druck auf die Banken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.01.2009.
- Oehler, Klaus Dieter (2009). US-Rettungspaket verschafft nur kurze Zeit Luft, in: Stuttgarter Zeitung vom 20.12.2008.
- Office of the Speaker (2009). Current Legislation. American Recovery and Reinvestment Act <http://www.speaker.gov/newsroom/legislation?id=0273> [Stand: 21.01.2009].
- Pitzke, Marc (2009). Konjunkturpaket und Bankenhilfen. Obama kämpft um seinen Billionen-Plan, in: Spiegel-Online vom 15.01.2009 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,601383,00.html> [Stand: 21.01.2009].

- Priewe, Jan (2008). Leistungsbilanzdefizit der USA, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 7/2008, Internationale Finanzpolitik, S.21-26, Online-Version: <http://www.bpb.de/files/26ONR9.pdf> [Stand: 21.01.2009].
- Rüb, Matthias (2009). Und regiert wird sofort, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.01.2009.
- Schwenninger, Sherle R. (2008). How to save the world, in: World Policy Journal, Volume XXV, No 4 (Winter 2008/09), S.3-13.
- Stiftung Wissenschaft und Politik (2009). Dossiers. US-Wahlen 2008 und Obamas politische Agenda <http://www.swp-berlin.org/> [Stand: 21.01.2009].
- Tigges, Claus (2009a). Investitionen in die amerikanische Infrastruktur dauern lange, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.01.2009.
- Tigges, Claus (2009b). Obamas 800 Milliarden gegen die Krise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.01.2009, S.11.